

**Referat des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele,
an den 23. Parteitag**

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir müssen mehr vom Kapitalismus reden. Wir müssen nicht über seine Krisen reden und darüber dass er die Krise ist. Wir sprechen von der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Wir dürfen das nicht mit seiner Schwäche verwechseln. Das wäre so falsch, wie Lenins Aussage, dass der Imperialismus faulend und parasitär ist, zum Anlass zu nehmen, uns in die Ecke zu setzen, Däumchen zu drehen und zu warten bis er weggefault ist.

Nein, es ist schlimmer, die allgemeine Krise, das Parasitäre, das Faulende kosten täglich tausende von Menschenleben, erzeugt Leid, Hunger, Armut, Krankheit, Perspektivlosigkeit, treibt Menschen in Selbstmord und Wahnsinn, demütigt, nimmt Hoffnung, unterdrückt.

Selbst Zbigniew Brzeziński, Ex-US-Sicherheitsberater, Kriegstreiber, schätzt die Anzahl der Kriegsoffer im vergangenen Jahrhundert auf 187 Millionen, das ist 20 mal die Bevölkerung von Berlin oder 374 mal die Bevölkerung meiner Heimatstadt Essen.

Auch für die neuesten Kriege gibt es Zahlen. Für Afghanistan wird mit etwa zwei Millionen Toten gerechnet; im Sudan mit 1,5 Millionen; in Ruanda mit 800.000; in Angola mit 300.000; in Bosnien mit 230.000; in Guatemala mit 200.000; in Liberia mit 130.000; in Burundi mit 230.000; in Algerien mit 73.000. Im Krieg gegen Syrien ist von mehreren hunderttausend Opfern auszugehen. Der Krieg gegen Libyen forderte 2011 zehntausende Opfer und seit der faktischen Zerstörung der Staatlichkeit weitere zehntausende. Der Anteil von Zivilopfern in Kriegen hat sich seit dem ersten Weltkrieg von durchschnittlich 5 Prozent auf heute durchschnittlich 95 Prozent erhöht.

Kriege fallen nicht vom Himmel. Kriege haben ihre Ursachen im Imperialismus, der nicht existieren kann ohne den Kampf um Rohstoffe, Absatzmärkte, Arbeitskräfte –

der nicht existieren kann, ohne den Kampf mit anderen Imperialisten, der diesen Kampf mit allen Mittel führt – ökonomisch, militärisch, ideologisch. Wer die Geisel des Krieges endgültig beseitigen will, muss um die Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus kämpfen.

Diese Kriege, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und sozialen Perspektiven verursachen Flucht. Flucht endet oft im Elend von Lagern oder dem Tod im Meer oder in der Wüste. Die Zahl der vom Hochkommissariat für Flüchtlinge bei den Vereinten Nationen, dem UNHCR, gezählten Flüchtlinge stieg von 2015 mit 65,5 Millionen auf mehr als 70 Millionen in 2018, die höchste erfasste Zahl seit dem 2. Weltkrieg.

Wer Flucht mit Elend und Tod als Massenerscheinung beseitigen will, muss um die Überwindung von Kapitalismus und Imperialismus kämpfen.

Hanau: Ein rassistischer Täter erschießt zehn Menschen und sich selbst. Das künftige Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, der frühere SPD-Vorsitzende Gabriel, kommentiert: „Es lässt sich nicht abstreiten, dass linke Chaoten auf Polizisten eindreschen, Autos und Mülltonnen in Brand setzen und immer wieder hohe Sachschäden verursachen. Alles schlimm genug und nicht zu verharmlosen.“ Gut, dass er noch nachschiebt: „Aber so richtig gefährlich wird es für die Demokratie gerade von rechts.“

Horkheimer hatte recht: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Auch das Irrationale von Sigmar Gabriel und das Irrationale der kruden Theorie, die der Täter von Hanau in seinen Botschaften verbreitet hat, haben etwas mit Kapitalismus zu tun.

Und wenn jetzt nicht klar ist, was es für einen Skandal darstellt, dass der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll, dann weiß ich auch nicht. Wer über Hanau Trauer, Empörung, Bestürzung äußert und bei diesem Anschlag auf die älteste Organisation der Antifaschistinnen und Antifaschisten bleibt, der heuchelt. Solidarität mit der VVN-BdA!

Am Rosenmontag der Schock in Volkmarsen. Möglicherweise hat dieses Verbrechen keinen politischen Hintergrund. Aber die Normalität von Gewalt, die Killerspiele an Computern, das Kriegsspielen mit Paintball-Waffen, das Handeln mit Gewalt, das führt doch zu solchen Ereignissen. Auch Gewalt ist Ware und Normalität im Kapitalismus, Kapitalismus ist Gewalt – er zerstört Menschlichkeit, er muss weg.

Im Jahr 2000 beschlossen 189 Mitgliedstaaten der UN einen Katalog verpflichtender Zielsetzungen für die Armutsbekämpfung, die Friedenserhaltung und den Umweltschutz. Die Bilanz im Jahr 2015 fiel durchaus positiv aus, so wurde die Anzahl der Menschen, die weltweit weniger als einen US-Dollar pro Tag zum Leben haben, von 1,9 Milliarden auf 0,83 Milliarden mehr als halbiert – rechnet man hier aber die Volksrepublik China, die Sozialistische Republik Vietnam, das sozialistische Kuba raus, sieht es für den Rest der Welt viel schlechter aus. Aber vor allem: in einer vom Kapitalismus dominierten Welt lebten 2015 eben noch immer 836 Millionen Menschen in dramatischster Armut – die Zahl der Hungernden nahm seit 2014 wieder von 775 Millionen auf 821 Millionen im Jahr 2017 zu. Das ist eine Steigerung um 46 Millionen oder knapp 6 Prozent. Mehr als 10 Prozent der Menschheit hungern.

Etwa 3 Milliarden Menschen, das sind knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

In den reichen USA hungern 10,8 Millionen Menschen. Aber Hunger darf es in den USA nicht geben, man spricht dort von Menschen mit „sehr geringer Nahrungssicherheit.“ Auch in Deutschland gibt es Hunger offiziell nicht. Aber die Tafeln unterstützen regelmäßig mehr als 1,6 Millionen Menschen, davon 30 Prozent Kinder und Jugendliche, 26 Prozent Senioren, 44 Prozent Erwachsene. In Essen, Großstadt in einem der reichsten Länder der Erde, sind 35 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren auf Hartz IV und Sozialhilfe angewiesen. Sie sind arm und ausgeschlossen von wesentlicher Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Im Essener Norden, dem armen Teil der Stadt, liegt dieser Prozentsatz bei über 50 Prozent, trifft also mehr als jedes zweite Kind. Bundesweit liegt der Prozentsatz der Kinder, die für mindestens 5 Jahre in Armut leben bei 21 Prozent.

Die Durchschnittsrente in Deutschland lag 2018 bei 906 Euro im Monat, das ist der Durchschnitt und das bedeutet: Millionen Rentner leben in Armut. Die jetzt beschlossene Grundrente wird möglicherweise schlimmste Armut etwas lindern. Aber man kann sich das Beispiel ansehen, mit dem die SPD ihren „Erfolg“ bewirbt. Das Beispiel geht von einer Friseurin aus, die 40 Jahre gearbeitet hat, die ohne Grundrente auf eine Rente von 528,80 Euro kommt, mit Grundrente auf 933,66 Euro. Ja, das ist ordentlich mehr, aber es reicht doch in Deutschland nicht zum Miete bezahlen und leben. Wen wundert die Zahl derer, die Flaschen sammeln, die betteln,

um leben zu können. Nicht vergessen: Diese Grundrente soll 2021 gerade mal 1,3 Milliarden kosten, das ist weniger als ein Drittel der Erhöhung der Rüstungsausgaben von 2018 auf 2019 oder anders ausgedrückt, etwas über 2 Prozent der Rüstungsausgaben. Da wissen wir doch was wir den Regierenden wert sind.

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: ‚Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich'.“ schrieb Bertolt Brecht.

Kapitalismus produziert Armut und Kapitalismus nutzt Armut. Wer Armut dauerhaft beseitigen will, muss den Kapitalismus beseitigen.

Armut produziert Krankheit: Der Anteil der Kinder, die bei der Schuleingangsuntersuchung eine Gesundheitsstörung in schulrelevanten Bereichen hatten, ist in Essen von 36,3 Prozent im Jahr 2014 auf 44,5 Prozent im Jahr 2018 gestiegen, das heißt, fast jedes zweite Kind ist gesundheitlich angeschlagen oder krank, wenn es in die Schule kommt. In einem der reichsten Länder der Erde.

Weltweit ist jedes siebte Kind unter 5 Jahren untergewichtig. (Stand 2014) und jedes vierte ist chronisch unterernährt (Stand 2012). Unterernährung trägt jährlich und weltweit zum Tod von 3,1 Millionen Kindern unter fünf Jahren bei.

Kapitalismus tötet – Kapitalismus ist ein verbrecherisches System.

Die Bundesregierung preist ein Beschäftigungswunder. Tatsächlich hat die Anzahl der abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2018 von 31,38 Millionen auf 33,72 Millionen zugenommen. Der Anstieg stellt sich bei genauerer Ansicht aber als Anstieg der prekären Beschäftigung dar. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse stiegen in diesem Zeitraum von 5,1 Millionen auf 7,9 Millionen – 23,4 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse, also fast jedes vierte, sind prekär. Besonders stark sind Jugendliche betroffen. Ein Leben in prekären Beschäftigungsverhältnissen bedeutet in der Regel Altersarmut.

Stellenabbau: 15.000 bei Daimler-Benz, Commerzbank 4.300, Bosch alleine in Deutschland über 2.000. Werksschließung bei Thyssen in Duisburg, Stellenabbau bei Thyssen über 9.000, die Handelskette Real steht vor der Zerschlagung, Fusion von Kaufhof und Karstadt, Angriff auf Gehälter und Arbeitsbedingungen. Die Deutsche Bank streicht 18.000 Stellen. Das alles, ohne dass die Konjunktur in Deutschland bereits wieder in einer zyklischen Krise steckt. Es deutet vieles darauf

hin, dass diese vor der Tür steht. Und manche, auch das zeigt doch die Perversion des Kapitalismus, machen sich doch angesichts des Corona-Virus mehr Sorgen um die Aktienkurse als um die Gesundheit der Menschen.

Die Automobilindustrie, Leitindustrie in Deutschland, weltweit in einer drastischen Überproduktion, einem massiven Konkurrenzkampf, verbrämt ihre Versuche, neue Felder der Kapitalverwertung zu erschließen, ökologisch. Dabei ist E-Mobilität versus Verbrennungsmotor mehr die Ablösung einer Umweltsau durch die andere. Aber, es soll keiner auf die Idee kommen, das profitable System des Individualverkehrs, das zwar die Umwelt kaputt macht, aber eben Profite bringt, in Frage zu stellen. Und ihr „Green Deal“, lässt sich doch gut verkaufen, die Kosten lassen sich durch Personalabbau senken, den Umbau kann man sich von den Massen bezahlen lassen – CO₂-Bepreisung sei Dank. Dabei liegt das letzte Konjunkturpaket noch gar nicht lange zurück – es hieß: „Schafft den Diesel ab wegen der Stickoxide – kauft Benziner für die Umwelt.“ Dass die mehr CO₂ produzieren, darüber wird kaum geredet.

Neben einer wohl bevorstehenden zyklischen Krise haben wir es mit einer strukturellen Krise der „Leitindustrie“ zu tun.

Wer ein System will, das solche Krisen vermeidet und natürliche Lebensgrundlagen erhalten kann, der muss das Privateigentum an Produktionsmitteln überwinden, braucht gesamtgesellschaftliche Planung.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus äußert sich auch in der Pervertierung anderer Lebensbereiche. So wird eine neue Form der sexistischen Fleischschau geschaffen, die öffentlich kaum kritisiert wird. Die Sendung heißt „Der Bachelor“ – die „NRZ“ beschreibt das, wie folgt: „In der RTL-Fernsehshow sucht ein Junggeselle nach einer Partnerin. (...) Im Laufe der Sendung lädt der Bachelor die Kandidatinnen zu Einzel- und Gruppendates ein. In der Nacht der Rosen müssen die Frauen die Sendung verlassen, denen der Bachelor keine Rose gibt.“ Über das Ausscheiden einer Kandidatin aus Essen berichtet dieselbe „NRZ“: „Doch dann kam es zu dem verhängnisvollen Einzeldate, bei dem Linda dem Bachelor Sebastian den Kuss verweigerte und auch nicht mit ihm im Hotel übernachten wollte.“ Gleichberechtigung wird reduziert auf den Streit der weiblichen Kader der Bourgeoisie um genügend Plätze in den Aufsichtsräten, In Medien ist die Frau Ware, am Arbeitsmarkt Reservearmee und dank schlechterer Bezahlung Druckpotential im Klassenkampf.

Wer die Gleichberechtigung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Geldbeutel und Herkunft will, der muss für Sozialismus und Kommunismus kämpfen.

Völkerrecht und bürgerliche Rechtsnormen werden zerstört. Der Drohnenmord an einem iranischen General, der zu einem offiziellen Besuch im Irak war, brach vielfach das Völkerrecht und bleibt ungesühnt.

Gleichzeitig wird Julian Assange der Isolationsfolter unterzogen, sein Leben ist akut bedroht. Bei einer Auslieferung in die USA droht ihm eine Haftstrafe länger als lebenslang, weil er die Wahrheit über US-Kriegsverbrechen veröffentlicht hat. In Hamburg ist klar, dass unter Olaf Scholz die Justiz Cum-Ex-Betrügereien verjähren ließ, das kostete die Hamburger mindestens 47 Millionen Euro, das entspricht rund 109.000 mal dem Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger. Im Fall der Verkäuferin Emily ging es um Pfandbons im Wert von 2,60 Euro. Der Krimi-Autor Wolfgang Schorlau kommentierte damals zu Recht: „Im Sommer 2009 sah es so aus, als wollte die herrschende Klasse testen, wie weit sie es treiben könne, als solle in einem riesigen gesellschaftlichen Experiment untersucht werden, wie viel Ungerechtigkeit die Gesellschaft ertragen könne.“

Imperialismus und Kapitalismus zerstören Recht und Völkerrecht – Freiheit für Julian Assange. Wir müssen Imperialismus und Kapitalismus überwinden. Womit? Mit Recht!

Diese allgemeine Krise des Kapitalismus prägt die jetzige Epoche der Menschheitsgeschichte – sie hat nur zwei mögliche Richtungen, entweder den Übergang zum Sozialismus oder die Barbarei mit Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltzerstörung und weltweite Ausbeutungsverhältnisse.

Diese allgemeine Krise ist Ausdruck dessen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte in solch einem Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen steht, dass sie objektiv nach anderen Produktionsverhältnissen verlangen, nach sozialistischen. Objektiv ist die Zeit reif – das Hindernis ist der subjektive Faktor, die Stärke des Imperialismus und die Schwäche der Ausgebeuteten.

Beides beruht darauf, dass das Monopolkapital weltweit und in Deutschland in einer anhaltenden Offensive ist. Und es basiert darauf, dass es dem Monopolkapital bislang meistens gelingt der Arbeiterklasse, den Werktätigen zu vermitteln, dass man „gemeinsam“ die Probleme überwinden könne. Mit dem Leitantrag hatten wir uns das

Ziel gesetzt, Felder zu bestimmen, in denen es gelingen kann, diese Offensive zu bremsen. „Die Arbeiterklasse punktuell aus der Defensive zu befreien und die Offensive des Monopolkapitals“ (so der Leitantrag) in einzelnen Feldern zu durchkreuzen. Das setzt eine Analyse der Strategie der herrschenden Klasse voraus.

Die Strategie des deutschen Imperialismus ist militärisch ein Dreiklang. Wissend, dass an der militärischen Überlegenheit des US-Imperialismus längere Zeit nicht zu rütteln sein wird, geht man bewusst die Rolle des Juniorpartners ein, vor allem im Kriegsbündnis NATO. Dabei wird das NATO-Ziel, dass alle Mitgliedsländer 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aufwenden sollen, ausgenützt, um die eigene Rüstung voranzutreiben. Das tut man mit Riesenschritten und leider zu wenig Protest dagegen. Allein von 2018 auf 2019 wurde der Rüstungshaushalt um 5 Milliarden oder 10 Prozent erhöht. Die dritte Seite dieses Dreiklangs ist die europäische Militarisierung, ist PESCO. Hier gibt es Interessenkonflikte mit dem zweiten Großen in der EU, mit Frankreich. Man darf sicher sein, dass es dabei auch um die Frage der Atomwaffen geht, ohne die man eben nicht ganz oben mitmischen kann. Deshalb Konflikte, wie auch bei der Siko in München, deshalb die nukleare Teilhabe und die Bomben in Büchel. Wir sagen Abrüsten statt Aufrüsten und wir werden in Büchel wieder Sand ins Getriebe streuen. Das stört sie, polizeimäßig haben sie aufgerüstet, gespürt haben wir das schon letztes Jahr. Zeigen wir ihnen, dass wir die Mobilisierung auch hochfahren können! Auf nach Büchel! Dichtmachen! Anreise am 9. Juli.

Ökonomisch hat der deutsche Imperialismus keine Rolle als Juniorpartner nötig. Die Annexion der DDR war auch ökonomisch ein Glücksfall. Mit dem Kahlschlag dort konnten Überkapazitäten in der Alt-BRD vermieden, ein innerer Hinterhof zur Spaltung der Arbeiterklasse geschaffen werden. Das war die Grundlage, um die Agendagesetze durchzusetzen, auch Schaufenster musste man ja nicht mehr sein. Und das war eine der Grundlagen, um die Führung in der EU zu übernehmen, denn im Verhältnis zur riesigen Produktivität war und ist Deutschland Niedriglohnland. Niedriglohnland plus Zollunion und Euro, das war die Grundlage für die Exportwalze, unter der nicht nur die schwächeren Ökonomien der EU zu leiden hatten.

Ökonomisch kann man am Weltmarkt mitspielen – gut, die Konflikte mit dem US-Imperialismus werden dabei härter, die Volksrepublik China ist der politische Feind, aber in der Konkurrenz zum US-Imperialismus ist man hin- und hergerissen, genauso, wie gegenüber der Russischen Föderation mit ihrem Rohstoffreichtum.

Die Volksrepublik China ist für den deutschen Imperialismus von der Gesellschaftsordnung her ein Feind, den man gemeinsam mit den anderen führenden Imperialisten bekämpfen muss. Militärisch durch Einkreisung, ideologisch durch Instrumentalisierung aller sich bietenden Fragen, angefangen bei Hongkong über die Uiguren bis hin zum Corona-Virus und eigentlich auch ökonomisch. Beim letzten ist man aber hin- und hergerissen, weil Handel mit China natürlich auch Profit verspricht, weil Nutzung chinesischer Technologie Unabhängigkeit vom US-amerikanischen Konkurrenten ermöglicht. Ähnliches gilt auch für die Russische Föderation. Mit deren Gesellschaftssystem hat man kein Problem, das ist Kapitalismus – aber Russland ist aufstrebender Konkurrent. Seine Ökonomie ist stark durch die Erdöl- und Erdgasförderung und den Export geprägt. Erdöl und Erdgas wecken Begehrlichkeiten und man braucht diese Rohstoffe, um nicht in die Abhängigkeit des Konkurrenten USA zu geraten. Das ist der Hintergrund für die Auseinandersetzung um North Stream 2. Militärpolitisch hat der deutsche Staat als ideeller Gesamtkapitalist eine einheitliche Linie der herrschenden Klasse hergestellt – es geht um die militärische Einkreisung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China gemeinsam mit dem US-Imperialismus und der NATO. Dazu gehört der Krieg gegen Syrien, bei dem die Strategie der Imperialisten dank russischer Hilfe nicht aufging.

Stoppt den Krieg, stoppt den Angriff der Türkei auf Idlib!

Dazu gehört auch die aktuelle Entwicklung des Bündnisses der USA mit Indien. Das ist heute die Hauptkriegsgefahr – dazu gehören die Drohungen gegen den Iran und damit, wegen der Erdölvorkommen verbunden, auch die Drohungen gegen Venezuela. Hauptkriegstreiber sind heute der US-Imperialismus und das von ihm geführte Kriegsbündnis NATO. Unser Hauptfeind ist das Monopolkapital, seine NATO- und seine EU-Strategie.

Ökonomisch Konkurrent und militärisch bewusster Juniorpartner, das führt politisch zu einer Art Zwitterhaltung. Wie drückt sich diese aus?

Man drückt in vielem auch eine gewisse Distanz zum US-Imperialismus aus, sei es, indem man Trump belächelt, lächerlich macht. Nun gut, er gibt Angriffsfläche, aber die Verarschung ist doch hierzulande nicht kleiner, wenn man daran denkt, dass Flinten-Uschi uns weismachen will, dass die Daten auf ihrem Handy aus Versehen gelöscht worden wären.

Auf der anderen Seite ist die NATO-Integration Staatsdoktrin, genauso, wie die Unterstützung der Apartheidpolitik des Staates Israel.

Einerseits arbeitet man an der militärischen Stärkung Deutschlands, andererseits gibt die herrschende Klasse bewusst Souveränitätsrechte an die NATO und auch an das US-Militär ab.

Diese Zwitterhaltung gibt es auch gegenüber der EU. Auch an die EU werden bewusst Souveränitätsrechte abgegeben. Okay, sie ist mehr oder minder ohnehin „deutsch“ und es hilft, die Ausgebeuteten vom eigentlichen Gegner abzulenken. Statt Monopolkapital ist es dann die EU-Bürokratie.

Aber diese EU steckt selbst in der Krise. Die ökonomische Krise Griechenlands konnte man abfangen und zur Ausplünderung Griechenlands und des griechischen Volkes nutzen. Italien oder Spanien könnten dafür zu groß sein – aber die herrschende Klasse Deutschlands will die EU erhalten, mindestens eine Kern-EU. Das alles ist nicht einfach, es gibt die deutsch-französische Konkurrenz.

Ist euch auch schon aufgefallen, dass der Sonnyboy Macron heute medial wesentlich schlechter beurteilt wird als vor einem Jahr? Das hat nichts damit zu tun, dass die Medien dem berechtigten und vorbildlichen Protest der französischen Arbeiterklasse Sympathien entgegenbringen würden – nein, das ist Machtkalkül in der Auseinandersetzung zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus. Das betrifft übrigens auch den Umgang mit dem sogenannten Brexit und Boris Johnson. Glaube doch keiner, dass sich Medien, Politik und Kapital ernsthaft Sorgen darum machen, wie es der Arbeiterklasse in Großbritannien gehen wird – das interessiert sie nicht.

Wir haben verschiedentlich festgestellt, dass die Aggressivität des deutschen Imperialismus nach außen zunimmt. Das wird ja von den Herrschenden nicht einmal abgestritten, sondern in die Floskel verpackt, Deutschland müsse mehr Verantwortung übernehmen. Hier gibt es keinerlei Unterschied zwischen CDU und SPD, ja eigentlich gibt es eine große Koalition von AfD bis Grüne. Regelmäßig werden führende Sozialdemokraten vorgeschickt, wenn es um das Weitertreiben dieses Kurses geht, denken wir nur an die Auftritte von Gauck und Steinmeier bei den Kriegskonferenzen in München.

Aggression nach außen forciert Aggression nach innen. Diese erleben wir als zunehmenden Militarismus. Massiv wird daran gearbeitet, dass Militär im öffentlichen

Raum zur Normalität gehört. Das betrifft die Werbung der Bundeswehr, die mich sehr an die Vorbereitung von Angriffskriegen erinnert und die wir, ich wiederhole mich, viel zu oft hängen lassen. Dazu gehört die Freifahrt in Uniform.

Militarisierung ist aber nur ein Aspekt der Aggression nach innen. Es werden auch die Waffen geschaffen für eine Zeit, in der die Integration der Massen in die Strategie des deutschen Imperialismus brüchig wird. Das sind die neuen Polizeigesetze, dafür steht die Aufrüstung der Repressionsorgane und Geheimdienste, dafür steht die Rechtsentwicklung.

Ich glaube, dass wir bei der Analyse der Rechtsentwicklung und der Entwicklung von Gegenstrategie noch großen Nachholbedarf haben. Das gilt für uns, das gilt für die gesamte Arbeiterbewegung, für alle Kräfte des Fortschritts.

Sicher bin ich mir, dass wir mit einer Feststellung, die in der antifaschistischen Bewegung umstritten ist, richtig liegen. Die AfD ist ein Ergebnis und ein Instrument, aber keineswegs das Wesen der Rechtsentwicklung. Deshalb ist auch unsere Aussage richtig, dass eine antifaschistische Strategie keinesfalls auf den Kampf gegen die AfD reduziert werden darf, der aber natürlich dazu gehört. Für mich hat der Ursprung der Rechtsentwicklung dieses Landes zwei wesentliche Eckpunkte. Ich meine damit die Selbstermächtigung zu Angriffskriegen, erstmals mit dem Jugoslawienkrieg, und zweitens die Agendagesetze. Die Rechtsentwicklung ist politische und ideologische Absicherung dieser Aggression nach innen und außen, und die Rechtsentwicklung ist Vorgriff auf den von der herrschenden Klasse befürchteten Punkt, an dem die Integration der Massen mit „freundlichen“ Mitteln nicht mehr klappt. Dafür hält man faschistische Parteien wie die Partei „Die Rechte“ vor, dafür schaut man bei faschistischem Terror weg oder initiiert ihn. Dafür braucht man eine nationalistische, rassistische AfD, die von den Ursachen ablenkt, die Spaltung in die Ausgebeuteten trägt, die Klassenfrage im Nebel von Rassenwahn und Chauvinismus versteckt. Natürlich ist deren Aufgabe alles nach rechts zu führen – die anderen bürgerlichen Parteien, den Diskurs, das „was man doch mal sagen dürfen wird“.

Das Wesen der Rechtsentwicklung ist aber der Aggressionskurs des deutschen Monopolkapitals. Damit bestimmt sich auch die anzustrebende Bündnisbreite, sie umfasst alle nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, damit umfasst sie natürlich auch viele Mitglieder der bürgerlichen Parteien. Und jetzt wird es etwas komplex, denn diese bürgerlichen Parteien sind gleichzeitig zentrale, politische

Instrumente dieser Aggressionspolitik. Antifaschistischer Kampf muss deshalb diese Aggressionspolitik angreifen und muss gleichzeitig darum ringen, viele Mitglieder dieser bürgerlichen Parteien einzubeziehen, um sie in Widerspruch zu dieser Aggressionspolitik zu bringen.

Erschreckend ist in diesem Zusammenhang, wenn ein Linker sich berufen fühlt, eine von ihm gesehene Staatskrise zu lösen, erschreckend ist es, wenn er das mit der Partei des Monopolkapitals, der CDU, und durch Zugeständnisse an diese schaffen will. Nein, lieber Bodo Ramelow, das ist keine linke Politik, das ist keine sozialistische Politik, das ist bürgerliche Politik und dient der Sicherung der bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse, das ist der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus.

Natürlich war das Verhalten von CDU und FDP in Thüringen ein Skandal, aber ich muss doch kein Prophet sein, um zu sagen, dass dies nicht der letzte war. Und auch die jetzige Führungskrise der CDU dreht sich doch um die Frage nach der Geschwindigkeit des Marsches nach rechts – das Wort „Mitte“ kann ich nicht mehr hören. Diese Skandale verhindert man nicht dadurch, dass, wie es jetzt geplant ist, gemeinsam mit CDU, SPD, Grüne und Linkspartei ein Landeshaushalt für 2021 beschlossen wird – man darf sicher sein, das wird kein Haushalt des Sozialen, das wird ein Haushalt der Umverteilung nach oben. Das wird kein Haushalt des Fortschritts, das wird ein Haushalt der Mittel für Antikommunismus, ein Haushalt der Hetze gegen die DDR. Wie die Linkspartei dieses Vorgehen mit dem Satz überschreiben kann: „Wir, Die Linke, bauen die Brandmauer zur faschistischen AfD wieder auf!“ – ist mir schleierhaft.

Es liegt klar auf der Hand, dass ein zentrales Moment des ideologischen Kampfes der Rechten der Antikommunismus ist. Wie widerlich war die Propaganda um den 9. November, den angeblichen „Tag des Mauerfalls“. Die Verleumdung der DDR hat für die Herrschenden zentrale Bedeutung. Es geht um mehr als Rückbesinnung – es geht darum, dass die DDR zeigt: „Ein anderes Deutschland war möglich.“ Diese Möglichkeit aus dem Bewusstsein der Menschen zu tilgen, das ist der Grund der Anti-DDR-Propaganda. Dass es sich lohnt für dieses andere Deutschland zu kämpfen – das zu vermitteln ist unsere Aufgabe und, liebe Genossinnen und Genossen der Linkspartei, der Kampf gegen Antikommunismus, das ist eine tatsächliche Brandmauer gegen Faschismus.

Eine zweite Variante dieser Konterpropaganda wird in diesem Jahr wieder zur Hochform auflaufen. Ein Vorgeschmack war im letzten Jahr das Jubiläum der

Landung der Alliierten in der Normandie. Die Sowjetunion, die Rote Armee – man hatte den Eindruck die hätte es nicht gegeben. Die Landung in der Normandie war plötzlich die Wende im zweiten Weltkrieg – der Sieg der Roten Armee in Stalingrad eineinhalb Jahre zuvor, existierte nicht.

Dieser Skandal wurde noch getoppt durch die widerlich antikommunistische EntschlieÙung des EU-Parlaments, in der der Sowjetunion eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg gegeben wird, also dem Land, das die Befreiung vom Faschismus mit 27 Millionen Menschenleben bezahlt hat.

In dieser Linie liegen auch die Verbotsdrohungen gegen unsere Schwesterparteien, zum Beispiel in Polen. Direkt Anfang nächster Woche wird es in Polen zu einem Prozess kommen – ich schlage vor, dass wir ausgehend von unserem Parteitag unseren Protest formulieren. Solidarität mit der KP Polens! Antikommunismus bleibt Grundtorheit und ist ein offenes Tor für Kriegspropaganda.

Zum ideologischen Klassenkampf gehört übrigens auch, dass Kritik an der Politik Israels immer mehr als Antisemitismus diffamiert wird. Umgekehrt wird ein Schuh draus, die Apartheidpolitik Israels, die Unterdrückung der Palästinenser, der Annexionsplan von USA und Israel – all das führt zu und ist Antisemitismus. Gerade weil wir Antisemitismus bekämpfen, finden wir uns mit der imperialistischen Aggressionspolitik Israels nicht ab.

Dieser Kapitalismus hat die Mechanismen seiner Machterhaltung perfektioniert. Besonders widerwärtig ist, wie es ihm immer wieder gelingt Probleme, Katastrophen, die er selbst verursacht, dazu zu nutzen, die Ausbeutung zu erhöhen, Profite zu machen, seine Herrschaft zu stabilisieren. Seine Kriege, die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen und sozialen Existenzen zwingen Millionen zur Flucht in die Migration – genutzt wird das zum Bau der Festung EU, zum billigen Import von ausgebildeten Fachkräften, zur Erhöhung der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten. Solange es Kapitalismus/Imperialismus gibt wird es Kriege, Flucht und Migration geben, das ist auch Teil der Allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Profitmacherei, Konkurrenzprinzip sind die Grundlagen dafür, dass sich der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse im Verhältnis von Mensch und Natur zerstörerisch, ja gar gattungsbedrohend auswirken. Die ökologische Krise, das Artensterben, die Klimaveränderung, die Verschmutzung der Meere, kurz, die Zerstörung der

natürlichen Lebensgrundlagen schreit nach gesellschaftlicher Planung im globalen Maßstab. Es schreit nach Überwindung des Kapitalismus. Aber der Kapitalismus instrumentalisiert die Krise, um den Ausgebeuteten mit der CO₂-Bepreisung das Fell über die Ohren zu ziehen, um die Kosten der Umrüstung der Automobilindustrie die Arbeiterklasse bezahlen zu lassen. Die Krise wird genutzt, um Entwicklungsländer abzuhängen, die ihre CO₂-Zertifikate verkaufen müssen, anstatt die Grundstoffindustrie aufbauen zu können. Sie wird genutzt, um eine Verzichtsideologie zu verbreiten, die davon ablenken soll, dass das Problem die Produktionsverhältnisse und nicht die Konsumtion ist. Sie wird genutzt, um Wahlkampf für die Grünen, die FDP im Ökogewand, zu machen, da reist dann Greta auch mal zum Bürgerschaftswahlkampf nach Hamburg – Ökobilanz hin oder her. Auch die ökologische Krise ist Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Selbst das Tierwohl wird genutzt, um den sogenannten kleinen Leuten das Fell über die Ohren zu ziehen – 40 Cent mehr pro Kilo Fleischerzeugnis, das ist nichts anderes als eine neue Massensteuer zum Wohl von Agrarindustrie und Großbauern, zum Nutzen der AfD. Wir sagen: Hoch mit den Löhnen, Gehältern und dem Mindestlohn, weg mit den Agendagesetzen statt Steuern im Interesse der Agrarindustrie und Großbauern!

In diesen Fragen gibt es eine große Übereinstimmung in unserer Partei. Unterschiede und Streit hatten wir allerdings in der Frage, wie wir mit Bewegungen umgehen sollen, die sich an solchen Widersprüchen des Kapitalismus entzünden und bei denen die herrschende Klasse versucht sie für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Dass die herrschende Klasse dies versucht ist nichts Neues. Bewegungen sind unter den Bedingungen des Imperialismus und Kapitalismus immer umkämpft. In der Friedensbewegung der achtziger Jahre wurde versucht, eine antikommunistische, antisowjetische Stoßrichtung zu verankern. Sie wurde instrumentalisiert, um in der DDR eine sogenannte Friedensbewegung aufzubauen, deren Stoßrichtung objektiv antisozialistisch war. Darf uns das aber hindern in solche Bewegungen mit unseren Inhalten hineinzuwirken? Nein, im Gegenteil und in der Regel geht das am besten, indem wir uns mit unseren Inhalten, vor allem mit der Klassenanalyse in diese Bewegungen einbringen.

Um diese Fragen hatten wir einen Streit im Parteivorstand - ihr konntet das nachlesen – der PV teilte diese Position mit großer Mehrheit. Leider waren und sind diese Meinungsunterschiede für drei Genossen der Anlass gewesen, nicht wieder für den kommenden Parteivorstand zu kandidieren.

Eine erfolgreiche Gegenkraft kann es ohne die Arbeiterklasse nicht geben. Sie muss der Kern einer Gegenbewegung sein, die sich gegen das Monopolkapital als dem strukturbestimmenden Element des Imperialismus richtet.

Das erfordert die Einheit der Arbeiterklasse, das erfordert die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Das wissen die Herrschenden und tun alles, instrumentalisieren alles, um diese Gegenbewegung zu verhindern.

Das ist die eine Form der Entwaffnung der Arbeiterklasse. Die andere ist das Gift der Sozialpartnerschaft, der Illusion vom gemeinsamen Boot mit den Ausbeutern. Diese Illusion aufrechtzuerhalten lässt man sich etwas kosten. Ja, man macht Teilen der Arbeiterklasse Zugeständnisse oder greift sie zumindest weniger stark an als ihre Klassengenossen zum Beispiel in Griechenland. Damit kann man dann auch suggerieren, dass das Kernstück der Europastrategie des deutschen Imperialismus, die EU, Wohlstand bedeute. Da ist ja auch was dran, denn die imperialistischen Extraprofite, die sich das deutsche Monopolkapital aus der EU holte, waren die Grundlage, um Teile der Arbeiterklasse nicht so scharf anzugreifen und trotzdem konkurrenzfähig zu bleiben.

Ich bin mir recht sicher, dass die Illusion der Sozialpartnerschaft auch eine Grundlage der aktuellen Herangehensweise der IG Metall an die Tarifrunde ist. Ich fürchte, dass die Überschrift, „Einladung zur Nullnummer“, die unsere Genossin Christa in der UZ wählte, treffend ist. Ich fürchte auch, dass die Hoffnung man könnte partnerschaftlich vereinbaren, wie mit Umstrukturierung, mit Produktivitätssprüngen, mit Produktivkraftentwicklung umgegangen wird, also, wie die IGM sagt, mit #FAIRWANDEL an die Transformation zu gehen, dieser Illusion entspringt. Das zeigt doch die Reaktion der Kapitaleseite, die darauf mit der unverschämten Forderung nach einer fünfjährigen Laufzeit reagiert.

Es bleibt dabei, Sozialpartnerschaft ist Illusion – die Realität ist Klassenkampf und gegen den von Oben hilft nur der von Unten. Das heißt aber auch, wer die Illusion der Sozialpartnerschaft verbreitet, hilft, die Arbeiterklasse im Klassenkampf zu entwaffnen.

Diese Problematik verbindet sich mit dem strukturellen Problem der deutschen Gewerkschaftsbewegung, dass für die Meinungsbildung innerhalb der Gewerkschaften die Betriebsräte großer Betriebe von herausragender Bedeutung sind. Das ist einerseits logisch, da die Belegschaften der Großbetriebe nach wie vor so etwas wie die Flaggschiffe der Arbeiterbewegung sind – auf der anderen Seite

erschwert es eine Grundaufgabe der Gewerkschaftsbewegung, die Konkurrenz in der Klasse zurückzudrängen, vor allem, wenn gleichzeitig der ausgegrenzte Teil der Klasse kaum eine Rolle spielt.

Ideologisch konnten wir im EU-Wahlkampf ein weiteres Problem erleben. Die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes ist nahezu völlig in die EU-Strategie der herrschenden Klasse integriert. Die Lüge von den 70 Jahren Frieden in Europa und durch die EU wurde genauso übernommen, wie der Unsinn, dass die EU für Wohlstand stehe oder ein Bollwerk gegen rechts sei.

Ja, das war für unseren Wahlkampf auch frustrierend. Es zeigte aber auch, wie notwendig wir sind. Denn die Integration wesentlicher Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in die NATO- und EU-Strategie des Monopolkapitals ist zentrales Moment der Schwäche der Arbeiterbewegung. Wie wichtig ist da die friedenspolitische Debatte in den Gewerkschaften – sie nimmt offensichtlich etwas Fahrt auf, sehr gut sind die gewerkschaftlichen Beschlüsse gegen Defender 2020.

Arroganz, Hochnäsigkeit, Abgehobenheit gegenüber der Einheitsgewerkschaft, gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, den Einzelgewerkschaften und dem DGB ist grundfalsch. Die Probleme müssen uns vielmehr zur Selbstkritik führen. Es ist die Pflicht von Kommunistinnen und Kommunisten in den Gewerkschaften, wo immer es geht aktiv mitzuarbeiten und um eine Politik zu kämpfen, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert. Hinein in die Gewerkschaften des DGB, aktiv werden, sie waren und sind die Schulen des Klassenkampfes.

Sozialpartnerschafts-Illusionen und fehlender Internationalismus sind eine gefährliche Mischung für die Entstehung von Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus, also für die weitere Verschärfung der Spaltung der Klasse. Der Internationalismus ist im Bewusstsein der Arbeiterklasse unseres Landes leider kaum mehr vorhanden. Dem entgegenzuwirken ist eine zentrale Aufgabe der kommunistischen Partei. Das ist tagtäglich zu tun, wenn Medien und herrschende Politik die nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse gegeneinander ausspielen, wenn sie gegen unsere Klassengenossen in Griechenland, Portugal oder sonst wo hetzen. Da geht es gegen die Kriegshetze, die sie mit Russophobie und Propaganda gegen die VR China ideologisch begleiten. Da geht es um internationale Solidarität, derzeit vor allem um Solidarität mit den Kämpfen in Lateinamerika. Imperialistische Putsch in Brasilien und Bolivien, Angriffe auf Nicaragua, die Marionette Guaidó in Venezuela. Das zielt auf die Völker dieser Länder und es geht gegen das

revolutionäre Kuba, gegen seinen sozialistischen Weg. Welche Hoffnungen hatte der Imperialismus 1989, welche Träume hatte er als unser Genosse Fidel starb? Das Volk Kubas, die Kommunistische Partei, die Massenorganisationen, die Streitkräfte Kubas ließen diese Träume platzen.

In Venezuela lässt sich das Volk nicht vom Kurs der boliviarischen Revolution abbringen, unsere Schwesterpartei, die Kommunistische Partei Venezuelas, spielt eine wichtige Rolle in diesem Prozess. Die Solidarität zwischen Kuba und Venezuela ist für Kuba und die boliviarische Revolution entscheidend, aber auch für die Kämpfe der Fortschrittskräfte in Lateinamerika. Deswegen schlagen wir euch zwei konkrete Projekte der Solidarität vor. In Absprache mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas wollen wir den Aufbau eines Studienzentrums, das Fidel Castro, dem Comandante en Jefe, gewidmet ist, mit 10.000 Euro unterstützen und wir wollen 10.000 Euro für die Unterstützung des Kampfes unserer Schwesterpartei in Venezuela sammeln. Beides wollen wir bis zum Jahresende schaffen. Hoch die internationale Solidarität!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Rolle und Bedeutung der Kommunistischen Partei ergibt sich aus ihrem grundsätzlichen Wesen als Partei der Arbeiterklasse, ihrer Anforderung an sich selbst, Träger und Nutzer der wissenschaftlichen Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus zu sein und mit und in der Arbeiterklasse den Klassenkampf von unten gegen den Klassenkampf von oben zur Überwindung des Kapitalismus hin zum Sozialismus als notwendigem Übergang zum Kommunismus zu führen. Damit ist klar, die kommunistische Partei ist eine Partei der Theorie und der Praxis. Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis, damit ist aber auch klar, ohne revolutionäre Praxis verkümmert die Theorie. Andere mögen sich zur Klärung von theoretischen Fragen Auszeiten nehmen – wir sagen „Heran an die Klasse“ und „Heraus auf die Straße“ – Seminar marxisten gibt es schon genug.

Da sind wir kleine Schritte vorangekommen, das gilt vor allem für das Gesundheitswesen. Wir haben aber auch das große Problem der mangelnden Verankerung in der Industrie. Die Stuttgarter Genossinnen und Genossen versuchen Schritte zu gehen im aktuellen Kampf gegen Stellenabbau in der Automobil- und Zulieferindustrie, wir hoffen auf erste Erfahrungen in den Diskussionen des Parteitags, wir hoffen auf Erfahrungen aus Braunschweig und Osnabrück.

Ran an die Klasse, das bedeutet immer Aktionseinheitspolitik, also Bündnispolitik im Maßstab der Klasse. Da haben wir es immer mit Kolleginnen und Kollegen zu tun, die mehr oder minder reformistisch geprägt sind, die SPD, CDU, Grüne oder auch die Linke, in der Regel nicht uns wählen. Wir haben es vor allem aber damit zu tun, dass sie den Klassenwiderspruch im Betrieb konkret erleben, ihn oft aber nicht als solchen wahrnehmen. Das ist unsere Aufgabe und das geht vor allem, wenn es gelingt, gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Bewegungen für ihre Interessen, in Arbeitskämpfe zu kommen.

Ran an die Klasse, das bedeutet auch, ran an die Kommunalpolitik. Denn in den Kommunen, da wohnt die Klasse, da lebt sie, da vollzieht sich die Reproduktion der Klasse. Und auch da ist das entscheidende, dass wir mit und in ihr in Bewegung kommen für die Interessen der Klasse. Weder im Betrieb noch in der Kommune dürfen wir uns vom Gift der „Stellvertreterpolitik“ infizieren lassen. Wir predigen eben nicht, dass man seine Stimme abgeben soll und alles wird besser, wir sagen: Lasst uns gemeinsam die Stimme erheben, gemeinsam kämpfen und dabei erkennen, dass das Problem im System liegt. Mandate sind uns dabei nicht egal, wo Kommunistinnen und Kommunisten in Parlamenten sind, nutzen sie dies, um Bewegung zu initiieren und zu stärken. Deswegen unterstützen wir den Endspurt der Genossinnen und Genossen in Nordbayern, vor allem auch in Nürnberg, unterstützen wir den Kommunalwahlkampf in NRW. Dort haben wir unter anderem mit Gladbeck und Bottrop Wichtiges zu verteidigen. Wir unterstützen auch die Genossinnen und Genossen in Hessen, die im Frühjahr 2021 unter anderem in Reinheim wieder kandidieren.

Dabei machen wir nicht nur Bündnispolitik im Maßstab der Klasse, wir machen Bündnispolitik mit all denen, die objektiv im Widerspruch zur gefährlichen Politik des Monopolkapitals stehen.

Die Kleingewerbetreibende, der Lehrer, die Wissenschaftlerin, der Ingenieur, der Kleinbauer, sie haben kein Interesse an Hochrüstung und Krieg – manche mögen bestochen sein, weil Krümel vom Tisch der Bourgeoisie fallen. Auch denen müssen wir deutlich machen, dass es eben Krümel sind, und zwar vergiftete, die heute zu Kriegen und Flucht führen und morgen dazu, dass das Monopolkapital uns noch besser das Fell über die Ohren ziehen kann.

Bündnis- und Aktionseinheitspolitik sind Kernstück kommunistischer Politik. Sie verlangen danach, mit Partnerinnen und Partnern ehrlich, offen und respektvoll

umzugehen. Dazu gehört aber auch, dass wir mit unseren Positionen nicht hinter dem Berg halten. Es ist kein Kompromiss, wenn wir unsere Inhalte nicht einbringen, es ist vielmehr die Gefahr von Nachtrabpolitik.

Bündnis- und Aktionseinheitspolitik sind unverzichtbar und gleichzeitig kompliziert. Wir haben in der vergangene Periode im Parteivorstand mehrfach darüber intensiv diskutiert, manchmal auch gestritten - ich erinnere an Fragen wie „Aufstehen gegen Rassismus“ oder „Fridays for Future“. Ich habe aus diesen Debatten immer Erkenntnisgewinn geschöpft und trotzdem stellen wir selbstkritisch fest, dass es uns nicht immer gelungen ist, die Meinungsunterschiede produktiv zu machen. In gewissen Phasen hat darunter unsere Leitungsarbeit insgesamt gelitten, zu viel Kraft wurde durch den Streit gebunden, manchmal ging uns Aktuelles durch. Das produktive Führen von Debatten müssen wir verbessern, ich hoffe, wir machen bei unserem Parteitag Fortschritte. Das produktive Führen von Debatten hat aber nichts mit Zulassen von Dogmatismus oder Opportunismus zu tun. Für Opportunismus halte ich die Versuche, die mehrfach von der Partei verworfenen sogenannten „Thesen“ wiederzubeleben; für Dogmatismus halte ich die Aussagen in Anträgen, eine „Zentrale Parteikontrollkommission“ einzuführen, die die Einheit und Reinheit der Partei schützt gegen einen angeblichen revisionistischen Kurs in der Parteidiskussion, der in der antimonopolistischen Strategie und der Position zur – vom Antragsteller imperialistisch genannten - Russischen Föderation zum Ausdruck komme. Ich hoffe, dass dieser Parteitag sowohl opportunistische als auch dogmatische Positionen zurückweist und gleichzeitig einen produktiven Meinungsstreit führt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

für unsere Bündnis- und Aktionseinheitspolitik gibt es viele Ansätze, ich nenne einige:

Dass Gesundheit zur Ware wird, dass das den Menschen schadet, das ahnen alle, die sich keine Komfortstation leisten können. Das spüren vor allem die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Gleichzeitig geht die Privatisierung weiter, liegt das Bertelsmann-Gutachten zur Zerschlagung einer wohnortnahen Versorgung mit Krankenhäusern auf dem Tisch. Die bisherigen Kämpfe um Personalbemessung haben Erfolge gezeigt, aber noch keineswegs die Strategie von Privatisierung, Kahlschlag und Profitmacherei gestoppt.

Solidarität mit den kämpfenden Belegschaften bei Aneos! Kampf gegen die Kahlschlagpläne bei den Krankenhäusern, Kampf für mehr Personal im Gesundheitswesen. Gesundheit als Ware, wie krank ist das denn? Nutzen wir die Broschüre zum Gesundheitswesen und das aktuelle Gesundheitsinfo für viele DKP-Aktionen an und in Krankenhäusern, zum Beispiel zum Internationalen Frauentag.

Die Mieten und Nebenkosten, vor allem in größeren Städten, explodieren. Wir sagen: Wohnen ist ein Menschenrecht und darf keine Ware sein! Immer mehr Menschen sehen, dass der Markt es nicht richtet, sondern die Sicherung von erschwinglichem Wohnraum eine gesellschaftliche Aufgabe sein muss. Ja, wir sind für die Enteignung der großen Wohnungsbaukonzerne, es geht aber um Enteignen und nicht um Abkaufen. Sie haben sich lange genug eine goldene Nase verdient. Wir fordern das Verbot des Verkaufs von öffentlichem Grund und Boden, von Privatisierung öffentlichen Wohneigentums und die Vergesellschaftung privater Wohnungsgesellschaften. Der soziale Wohnungsbau muss massiv vorangetrieben werden. Die Wohnungen müssen dauerhaft der Sozialbindung unterliegen und in öffentlichem Eigentum verbleiben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere organisationspolitische Entwicklung zu bilanzieren ist schwierig. Wir haben zu Recht keine zentrale Mitgliederdatei, deswegen haben wir außerhalb der Mitgliedsbuchneuausgaben keine verlässlichen Zahlen, was unsere Mitgliederentwicklung angeht. Die letzte Neuausgabe war 2013. Der neue Parteivorstand wird entscheiden müssen, wann die nächste sinnvoll ist. Wir wissen, dass die Partei neue Mitglieder aufnimmt, unser Eindruck ist sogar, einige. Wir vermuten aber, dass dies angesichts unserer altersmäßigen Zusammensetzung nach wie vor nicht ausreicht, um unsere Verluste auszugleichen. Wir haben das große Problem unserer Verankerung in der Klasse und das große Problem unserer Schwäche im Osten.

Letzteres führt auch dazu, dass wir die Lebenswirklichkeit der Klasse nur teilweise reflektieren und es führt dazu, dass Konflikte schneller ganze Strukturen der Partei lähmen können. Mit der Beschlussfassung dieses Parteitags wollen wir hier die Grundlage legen, dies zu verändern. Wissend auch, dass es vor allem bei Menschen mit DDR-Biografien durchaus viele mit Sympathien für uns gibt. Wir rufen auf: Wandelt Eure Sympathien in Mitgliedschaft um, helft, die Kommunistische Partei aufzubauen – werdet Mitglied der DKP.

Wir brauchen mehr Jugend und deswegen eine bessere Zusammenarbeit mit der SDAJ.

Zu einer detaillierten organisationspolitischen Bilanz fehlt uns weiter ein genauer Überblick über den Zustand unserer Gruppen. Wir können nicht exakt bestimmen, wie viele Gruppen tatsächlich Kampfgemeinschaften sind, die in ihrem

Wirkungsbereich nach außen gehen, die Politik entwickeln, die für die Mitglieder politische Heimat und Kollektiv des gemeinsamen Lernens unserer Weltanschauung sind. Hier erhoffen wir uns mehr Infos auch im Erfahrungsaustausch dieses Parteitags und durch den Rücklauf der Fragebögen, die wir in die Partei gegeben haben. Allerdings erkannten wir dabei einmal mehr ein weiteres Problem. Wir haben Probleme mit dem Informationsfluss aus den Gruppen zum Parteivortand und umgekehrt. Beides benötigt oft viel Zeit, teilweise gehen Informationen verloren oder Orientierungen versanden. Seit mehreren Jahren orientieren wir darauf, dass Leitungsarbeit sich vor allem daran messen muss, wie sie die Gruppen der Partei unterstützt. Wir haben beim letzten Parteitag im Referat von Wera recht schonungslos bilanziert und entsprechend orientiert. Vor einigen Monaten haben wir im Parteivorstand eine erste Bilanz gezogen, wir sprachen dort von einer labilen Konsolidierung. Konsolidierung machten wir erstens an der besser gewordenen Kampagnenfähigkeit fest. Die sahen wir bei unserem tollen Ergebnis in der Unterschriftensammlung für „Abrüsten statt Aufrüsten“ und im Kampf um die Absicherung unserer Kandidatur zu den EU-Wahlen. Vor allem bei „Abrüsten statt Aufrüsten“ mussten wir aber trotz des Erfolges bilanzieren, dass dies noch viel zu wenig das Ergebnis einer kollektiv geplanten und kollektiv umgesetzten Arbeit der Gruppen unserer Partei war, oftmals waren diese tollen Ergebnisse das Werk von Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfern.

Zur labilen Konsolidierung gehören die neuen Branchentreffen und Branchengruppen, die wir in einigen Städten im Gesundheitswesen gründen konnten. Ähnliche Ansätze haben wir im Bereich Bildung und Erziehung.

Es ist uns gelungen, den Gruppen mit Material den Einstieg in die Aktionstätigkeit zu erleichtern, damit meine ich zum Beispiel die Friedens-, Umwelt- und Gesundheitsinfos, die Handlungshilfe für Betrieb und Gewerkschaft und zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung.

Große Fortschritte haben wir in der Bildungsarbeit gemacht. Mit den Bildungszeitungen ist es uns gelungen, wieder eine gleichzeitige Beschäftigung vieler unserer Gruppen mit weltanschaulichen Diskussionen zu verankern. Auch in der Beschickung der Grundlehrgänge an der Karl-Liebknecht-Schule haben wir Fortschritte gemacht.

Wir hören aber auch immer wieder, dass wir die Partei überfordern und zu wenig Spielraum für die Entwicklung vor Ort lassen. Wir hören, dass das dazu führt, dass

inhaltliche Debatten zu wenig geführt werden können oder die Gruppen gar nicht in der Lage sind, sich mit allem auseinanderzusetzen, was von Seiten des Parteivorstands auf sie einprasselt. Das nehmen wir ernst, wir wollen versuchen, die Schlagzahl etwas herunterzufahren. Politisch ist das gar nicht so einfach. Ich nehme ein konkretes Beispiel. Im kommenden Jahr werden Bundestagswahlen sein, falls die große Koalition nicht vorher zerbricht. Bezüglich der Stimmabgabe sehe ich keine Alternative zur Eigenkandidatur – Bündnismöglichkeiten sind von den Wahlgesetzen her nahezu ausgeschlossen. Mit unseren heutigen Strukturen ist die Absicherung einer flächendeckenden Kandidatur mit Landeslisten aber kaum zu schaffen, vor allem im Osten sind 2.000 Unterschriften, die wir in den meisten Bundesländern sammeln müssten, kaum machbar und auch im Westen ist das vielerorts verdammt schwer. Wir müssen uns also eine Meinung erarbeiten, wie wir mit diesem Widerspruch von politischer Notwendigkeit und organisationspolitischer Möglichkeit umgehen. Der Wahltermin wird vermutlich im September 2021 liegen, spätestens um unser Pressefest herum werden wir entscheiden müssen.

Wir glauben, dass eine wesentliche Voraussetzung, um solche Probleme zu lösen, die intensivere Debatte mit den Leitungen der Bezirke darstellt, die wiederum eine engere Debatte mit den Gruppen und Kreisen benötigen.

Und die Zeit bis zum Pressefest wird uns fordern. Die Aktivitäten gegen die Kriegsvorbereitung Defender 2020 haben begonnen – in den verschiedensten Regionen haben breite Bündnisse die Arbeit aufgenommen, nach unserem Stand immer mit Beteiligung der DKP. Aus den Leipziger Treffen hat sich so etwas wie eine bundesweite Koordinierung herausgebildet, in der wir mitarbeiten. Regional gab es die ersten Aktivitäten, wie kürzlich in Bremerhaven. Ein bundesweiter Aktionshöhepunkt soll das Wochenende 3./4./5. April werden. Und ein Höhepunkt wird unsere Demonstration am 25. April in Torgau, zu dem nun auch der Arbeitsausschuss des Aktionsbündnisses „Stopp Defender 2020“ aufruft. Herzlichen Dank an die Genossinnen und Genossen, in Torgau, Berlin und Sachsen für die Vorbereitung!

Defender 2020 – das ist Kriegstreiberei pur – 37.000 Soldaten mit schwerem und leichtem Gerät – aufmarschierend an der russischen Grenze pünktlich zum 75. Jahrestag der Befreiung – das ist unerträglich. Wo Kriegstreiber aufmarschieren ist Widerstand Pflicht – wir müssen das öffentlich machen, wir müssen das anprangern – es braucht Widerstand und zivilen Ungehorsam. Wir brauchen Aktionen an

Autobahnen, Flughäfen, Bahnhöfen und Häfen. Die Gefährlichkeit dieser Kriegstreiberei wird noch deutlicher durch die gestrige Meldung, dass die USA letzte Woche eine Militärübung durchgeführt haben, die einen „begrenzten“ Atomkrieg mit Russland simulierte. Die Stoßrichtung wird noch deutlicher durch ein gleichzeitig laufendes Manöver im Pazifik. Diese Drohung gegen die Volksrepublik China und die Russische Föderation soll sich nun jährlich wiederholen. Wir sagen: Frieden mit Russland und der Volksrepublik China – Raus aus der NATO – Stoppt Defender 2020!

Unsere Gegenaktionen wollen wir mit unseren Aktivitäten zum 75. Jahrestag der Befreiung verbinden. Wir wollen, dass alle Gruppen versuchen, eine Aktion, eine Veranstaltung zu machen – die Handlungshilfe der Geschichtskommission gibt viele Anregungen. Und wir wollen am 9. Mai in Berlin sowohl eine öffentliche Aktion in der Nähe des Treptower Ehrenmals als auch eine Veranstaltung des Parteivorstands durchführen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ab Mitte des Jahres stehen Tarifaueinandersetzungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an. Es ist ver.di gelungen diese Tarifrunden bundesweit zeitlich zu bündeln. Gerade im Zusammenhang mit der dringend notwendigen Verkehrswende, weg vom Individualverkehr, halten wir diese Tarifrunde für weit bedeutender als einen „normalen“ Tarifkampf. Verkehrswende erfordert Stärkung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Verkehrswende heißt Mobilität, muss eine Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Verkehrswende heißt, die Systeme des Nah- und Fernverkehrs gehören ausgebaut und vor allem gehören sie in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle. Solche Fragen können und müssen in die Tarifrunde hineingetragen werden. Auch deshalb, weil das Gejammer und die Propaganda des Gegners sein wird, dass kein Geld da ist. Diese Propaganda wird auch die desolante Finanzlage vieler Kommunen als Argument benutzen. Wir müssen deutlich machen, dass diese Finanzlage Ergebnis einer Umverteilung durch den Klassenkampf von Oben ist und müssen deutlich machen, dass genügend Geld da ist, wenn man aufhört, die Profite und Interessen der Automobilindustrie wie eine heilige Kuh zu betrachten. Diese Tarifrunde verlangt von uns also weit mehr als „herkömmliche“ Solidarität. Unsere Inhalte, die Entwicklung und Präzisierung unserer Positionen zur Verkehrswende ist gefragt – im Leitantrag haben wir damit begonnen. Ich denke, dass der Bereich des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs Bedeutung und Potential hat, neben dem Gesundheits- und dem

Bildungswesen zum dritten Branchenstandbein unserer Orientierung „Heran an die Klasse“ zu werden.

Mit diesen Aktivitäten wollen wir unser Pressefest vorbereiten. Ein Wochenende im August. Zehntausende feiern, diskutieren, singen, stoßen an auf Erfolge, reden über Gründe für Niederlagen und den Weg zum Sozialismus – wundern sich, wie die kleine DKP das hinbekommt, freuen sich darüber, sind vielleicht ein bisschen neidisch. Gegen Neid hilft DKP-Mitgliedschaft. Gigantisch, was wir jetzt schon für das Pressefest auf die Beine gestellt haben: 60.129 Euro an Spenden und Zuschüssen liegen vor, nochmal fast 4.000 Euro mehr als Ende letzter Woche, ein tolles Ergebnis. Danke!

Jetzt bin ich beim Danken und mache auch weiter. Was werden wir beneidet. Was sind Gäste aus dem In- und Ausland immer wieder beeindruckt, wenn sie erleben, was wir für Freundinnen und Freunde haben – ja, sie ist beeindruckend, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, unsere SDAJ. Unsere Gemeinsamkeit am Luxemburg-Liebknecht-Wochenende, unsere Teilnahme an den Pfingstcamps, beim Festival der Jugend – ein Jungbrunnen. Der Jugendbereich beim Pressefest und vor allem der gemeinsame Kampf auf der Straße, in und an Betrieben. Aber es gibt nichts, was nicht noch besser werden könnte. Zu selten reden noch unsere Leitungen miteinander – hier ist die Partei gefordert, das ist das beste Dankeschön an uns und an die SDAJ – denn SDAJ und DKP tun den Monopolen weh.

Bedanken möchten wir uns bei den Machern des „Solidnet“ und bei den Gastgebern der Internationalen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Es ist keine einfache Zeit. Aber gerade das macht den Erfahrungsaustausch, die Diskussion über Fragen, Standpunkte, Meinungen notwendig. Wir sind froh und stolz, Teil der kommunistischen Weltbewegung zu sein – Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bedanken wollen wir uns bei unseren Freunden von der Partei der Arbeit Belgiens, der Kommunistischen Partei Luxemburgs und der Neuen Kommunistischen Partei der Niederlande für die Zusammenarbeit mit der Vier-Parteien-Konferenz. Wir gratulieren der Partei der Arbeit Belgiens zu ihrem erfolgreichen Kampf um den Einzug in die Parlamente Belgiens und das EU-Parlament. Leider haben wir da auch ein weinendes Auge, denn diese neuen Arbeitsfelder führen dazu, dass die belgischen Genossinnen und Genossen Ressourcen umorientieren. Sie haben uns informiert, dass die Weiterführung der Vier-Parteien-Konferenz für sie nicht mehr möglich ist. Die bilateralen Beziehungen werden intensiv weitergehen, dafür soll

auch die Verankerung im EU-Parlament genutzt werden. Mit den Genossen aus Luxemburg und den Niederlanden wollen wir diese Konferenzen fortführen.

Woche für Woche eine kommunistische Zeitung, das ist eine großartige Leistung der Partei. Das ist vor allem auch ein Riesenverdienst von Redaktion und Verlag. Wenn Woche für Woche die Zeitung rauskommen muss, dann kann man sich auch nicht um Positionierung rumdrücken – natürlich eckt man dabei an. Kritik hagelt es schnell, Lob weniger. Darum jetzt ein großes, dickes Dankeschön an Verlag und Redaktion der UZ – der kommunistischen Zeitung unter den roten.

Was wäre unsere Bildungsarbeit ohne unsere Karl-Liebknecht-Schule. Unser Dank allen, die bei der Durchführung von Lehrgängen und Seminaren aktiv sind. Unser Dank der Schulleitung und der Kulturvereinigung Leverkusen. Dank der großen Spende eines Freundes, dank vieler Spenden aus der Partei konnten wir ein großes Sanierungsprojekt beginnen – das würde aber alles nicht gehen ohne die riesige Bereitschaft zu Arbeitseinsätzen, zu Subbotniks. Das schweißt zusammen, das bringt neben viel Arbeit und Muskelkater offensichtlich auch Freude und Veränderung – aus Freunden und Freundinnen von Karl-Liebknecht-Schule und Partei werden Genossinnen und Genossen. Einen Riesendank an alle, die dabei waren, sind und sein werden.

Bedanken möchte ich mich bei den Marxistischen Blättern – kein Parteiorgan und trotzdem kommunistisch. Die Heftthemen am Puls der Zeit, Streitbar, konstruktiv und lebendig. Herzlichen Dank. Wir müssen die Ausstrahlung, ein solch Streitbares Organ an unserer Seite zu haben, mehr nutzen.

Herzlichen Dank auch der Marx-Engels-Stiftung, die uns mit ihren Veranstaltungen begleitet. Wir als Partei begleiten wahrscheinlich ihre Veranstaltungen oft zu wenig und lassen uns was entgehen, auch die spannenden Debatten mit Marxistinnen und Marxisten, die nicht oder noch nicht unser Parteibuch haben.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Kommunistische Partei in bürgerlichen Medien totgeschwiegen wird. Wir geben ja jetzt doch häufiger Erklärungen ab, die aber bis hin zum „Neuen Deutschland“ geflissentlich ignoriert werden. Neben unseren eigenen Medien gibt es nur eine Zeitung, die anders verfährt – die einzige marxistische Tageszeitung dieses Landes die „junge Welt“. Dafür möchten wir uns bedanken, genauso wie für die erfolgreiche Zusammenarbeit bei den jährlichen Rosa-Luxemburg-Konferenzen.

Und zuletzt der Dank an uns alle – wir haben die Kommunistische Partei in der Illegalität erhalten und in die Tradition des antifaschistischen Kampfes, von Karl, Rosa und Teddy gestellt. Wir haben die Kommunistische Partei in die Legalität geführt. Wir haben 40 Jahre den Sozialismus in der DDR erbaut und ihn 40 Jahre im Imperialismus der BRD verteidigt. Wir haben die Konterrevolution erlebt und die Partei erhalten. Da ist sie aber immer noch, die Kommunistische Partei – die DKP. Machen wir sie stark – die Arbeiterklasse braucht sie und dieser verfluchte Imperialismus hat sie verdient.